

Gripen: FDP stellt vier Bedingungen

Parteipräsident Philipp Müller über den Kampfjet-Kauf und Gegengeschäfte

BERN Verteidigungsminister Ueli Maurer muss nachbessern. Die Freisinnigen haben gegenüber dem Gripen-Kauf weiterhin Vorbehalte. Sie wollen vier Bedingungen erfüllt sehen, sonst stimmt die FDP nicht zu, wie ihr Präsident Philipp Müller im Interview mit

der SonntagsZeitung erklärt. Sie besteht auf ein Rücktrittsrecht, Sanktionsmöglichkeiten, falls die Kampfjet-Bestellung nicht erfüllt wird, einen detaillierten Beschaffungsvertrag mit Schweden und einen jährlichen Rapport über den Stand des Deals. «Erfüllt das VBS

auch nur eine der vier Bedingungen bis zu den Beratungen im Nationalrat nicht, weisen wir das Geschäft zurück», warnt Müller. Und er verrät: Maurer habe versichert, die Romandie bekomme grössere Anteile an den Gripen-Gegengeschäften. **SEITE 23**

«Dass meine Tochter grün wählt, ist allerdings eine Bankrotterklärung»

FDP-Präsident **Philipp Müller** über die Vorurteile gegen seine Partei, Bedingungen für den Gripen-Kauf, die Frauenquote und die Grenzen des Milizparlaments

VON PASCAL TISCHHAUSER,
NAJJA PASTEGIA (TEXT)
UND ESTHER MICHEL (FOTOS)

FDP-Präsident Philipp Müller, 60, schlägt für das Gespräch das sogenannte Bundesratszimmer im Bundeshaus vor. Er packt diverse Plastikmappchen mit Notizen und Zeitungsartikeln auf den Sitzungstisch. Eine Gedächtnisstütze, die er nicht braucht: Vizepräsident Müller – Übername: «Der rasende Philipp» – ist bekannt für seine Detailkenntnisse, die schon manchen «Arena»-Moderator an den Rand der Verwerfung brachten.

Herr Müller, SP-Nationalrat Cédric Wermuth hat letzte Woche für Würbel gesorgt, er bezeichnete das Sturmgewehr als Phallussymbol.

Das ist so unsinnig, da will ich mich gar nicht dazu äussern. Kein Mann steigt mit seinem Sturmgewehr ins Bett.

Derzeit sorgt der Kauf des Gripen-Kampfjets für hitzige Diskussionen. Am Montag waren Sie zusammen mit den Chefs von CVP, GLP und BDP bei Verteidigungsminister Maurer. Hat er Sie vom Gripen überzeugt?

Am Montagabend war es zum ersten Mal möglich, dass wir wirklich gegenseitig auf unsere Argumente eingegangen sind. Wenn das VBS bereit ist, beim Gripen-Geschäft auf Augenhöhe mit uns zu diskutieren, haben wir eine neue Basis.

Wie steht Ihre Partei nun zum Gripen-Kauf?

Wir stellen mehrere Bedingungen. Davon haben vier erste Priorität. Erfüllt das VBS diese Forderungen der ersten Priorität nicht, weisen wir das Gripen-Geschäft zurück. **Welches sind die vier Forderungen?**

Erstens: Wir brauchen Sanktionsmöglichkeiten beim Nichterfüllen von Vertragsinhalten. Wie die SBB bei ihrem Grossauftrag von 1,8 Milliarden an Bombardier im Jahr 2010 soll auch die Schweiz mit Schweden Sanktionsmöglichkeiten vereinbaren.

Und zweitens?
Wir brauchen ein Rücktrittsrecht für den Fall, dass nur ein Teil der bestellten Gripen E geliefert würde. Werden beispielsweise von Saab nur 8 Flugzeuge geliefert, muss sich die Schweiz aus dem



Nationalrat Philipp Müller, 60, über die neuen Kräfte in seiner Partei: «Diese Jungen haben jetzt die Krawatte abgelegt»

FORTSETZUNG AUF SEITE 24

Vom Gipser zum FDP-Präsidenten

Philipp Müller wurde 1952 in Mogetsberg SG geboren. Er absolvierte eine Lehre als Gipser/Stuckateur und übernahm als 22-Jähriger das elterliche Gipsergeschäft, das er in eine Generalbauunternehmung umgebaut hat. Seit 2003 sitzt der Aargauer für die FDP im Nationalrat, im vergangenen April übernahm er das Präsidium der FDP Schweiz von Fulvio Pellì. Müller ist Vater von drei Töchtern im Alter von 16, 24 und 29 Jahren und wohnt im aargauischen Reinach.

Philipp Müller

Geschäft zurückziehen können, ohne einen finanziellen Schaden zu erleiden. Das könnte dann der Fall sein, wenn Saab im Rahmen der heute schon festzustellenden Konzentrationsprozesse im internationalen Rüstungsgeschäft von einer anderen Firma übernommen wird oder wenn Saab aus irgendwelchen Gründen nicht weiter produzieren kann.

Die beiden anderen Forderungen?

Der Schwedische Reichstag hat beschlossen, eine jährliche Überprüfung des Rüstungsprojekts durch das Parlament durchzuführen. Damit soll sichergestellt werden, dass der Gripen technisch und finanziell nicht aus dem Ruder läuft. Es ist daher auch für uns wichtig, dass wir eine ähnlich lautende jährliche Überprüfung des Geschäfts vornehmen können. Dazu muss das VBS dem Schweizer Parlament jährlich über den Stand der Gripen-Beschaffung rapportieren. Und die vierte Bedingung ist, dass die Zeitachse genau festgelegt wird. Also was bis wann in welcher Qualität geliefert oder geleistet werden muss.

Wie wollen Sie das alles sicherstellen?

Schweden schliesst ja mit Saab einen Beschaffungsvertrag ab, in dem die genauen Spezifikationen des Flugzeugs und auch viele andere Dinge geregelt werden. Zusätzlich zum vorgesehenen Rahmenvertrag zwischen der Schweiz und Schweden brauchen wir einen solchen Beschaffungsvertrag zwischen der Schweiz und Schweden, in dem alle diese Details wasserdicht geregelt werden.

Geht das mit einem Staat?

Klar, im Rahmen eines Beschaffungsvertrages zwischen der Schweiz und Schweden ist das möglich. Wie beim Garagisten, mit dem wir einen Liefervertrag



für ein neues Auto abschliessen, muss es einen Vertrag für die Flugzeuge geben, in dem detailliert aufgelistet ist, was wir für unser Geld bekommen. Dieser Vertrag orientiert sich natürlich am Beschaffungsvertrag zwischen Saab und Schweden.

Wenn eine dieser Bedingungen nicht erfüllt wird, sagt die gesamte FDP Nein zum Gripen?

Erfüllt das VBS auch nur eine der vier Bedingungen bis zu den Beratungen im Nationalrat nicht, treten wir zwar auf das Gripen-Geschäft ein, weisen es aber zurück.

Stellt die FDP noch weitere Bedingungen?

Nicht solche, die zu einer Rückweisung führen. Aber in zweiter Priorität müssen wirtschaftliche Fragen geklärt werden. Zum Beispiel, ob der Anteil an Gegenge-

schäften die Höhe von 2,5 Milliarden Franken erreicht. Und wie hoch der Anteil ist, der an die Romandie und ins Tessin geht. Herr Maurer hat uns am letzten Montag versichert, dass der Anteil der Westschweiz vergrössert werden soll. Auch diese sogenannten Offset-Geschäfte müssen vertraglich abgesichert werden. In dritter Priorität wollen wir technische Fragen geklärt haben, etwa wie schnell beim Gripen ein Notfallstart möglich ist. Oder wie sichergestellt wird, dass wir ein Flugzeug erhalten, das wirklich neu ist und nicht einfach aus vorhandenen Teilen des heutigen Typs C besteht.

Schweden hat sich zum Kauf des Gripen entschlossen, ohne eine genaue Zahl zu nennen. Bereitet Ihnen das Sorge?

Ja, denn wenn es nur 40 Stück

werden, wird das spätere Upgrade pro Jet teurer als bei 60 Stück. Das VBS hat uns aber versichert, dass der Upgrade-Preis für die Schweiz auch tragbar ist, wenn Schweden nur 40 Jets bestellt.

Haben Sie Anzeichen, dass Schweden nur 40 Jets will?

Im Gegenteil, ich höre, die schwedische Verteidigungsministerin Karin Enström beantrage, 60 Jets zu kaufen. Bedenken Sie: Schweden will den Deal mit uns unbedingt. Ohne die Schweiz gehen in der schwedische Rüstungsindustrie wohl die Lichter aus.

Für den Gripen braucht es auch die CVP. Hält sie am Jet fest?

Ich kann nur für meine Partei reden. Was CVP und BDP beschliessen, ist deren Sache. Nur die GLP hat sich positioniert. Sie lehnt neue Kampfflugzeuge meines Wissens ebenso ab wie die SP.

Mit den Mitteparteien treten Sie oft als Allianz auf. Gibt es faktisch eine Allianz der Bürgerlichen?

Es gibt keine institutionalisierte Zusammenarbeit, aber wir bündeln die Kräfte da, wo es Sinn macht. Gegen SP-Präsident Levrat? Ist er ihnen zu mächtig geworden? Nein, wenn Herr Levrat Mehrheit will, braucht er immer mindestens eine bürgerliche Fraktion mit im Boot. Damit bleibt er abhängig von den Bürgerlichen.

Bleiben wir bei der SP.

Bundesrat Alain Berset will das Gleichstellungsbüro kräftig ausbauen. Braucht es das?

Nein, das scheint mir eher eine Konzession zu sein, die Herr Berset an die eigenen Leute macht, da er sich bei den Sozialversicherungen von seiner Partei immer mehr wegbewegen muss.

Sie können doch nichts dagegen haben, dass stärker kontrolliert wird, ob Frauen und Männer gleichgestellt sind, zum Beispiel beim Lohn.

Wir sind längst für gleiche Löhne für gleiche Arbeit. Und dass es in der Umsetzung nicht funktioniert, leugne ich nicht. Hier sind die Sozialpartner gefragt und nicht nur der Staat. Da müsste man besser bei den Sozialpartnern intervenieren, statt wirkungslos mehr Geld auszugeben.

Es gibt verschiedene Bestrebungen, auch aus den Reihen Ihrer Partei, eine Frauenquote einzuführen. Sie sind dagegen.

Die FDP-Frauen beschäftigen sich halt nun einmal mit diesem Thema. Sie provozieren! Ich stelle aber fest, dass sich viele Frauen für dieses Thema nicht gross interessieren.

Das ist nicht Ihr Ernst!

Doch. Wenn ich auf Podien mit diesem Thema komme, gibt es Frauen im Publikum, die sagen: «Muss das sein?» Selbst meine älteste Tochter, die in einem Unternehmen mit 40 bis 60 Personen in leitender Stellung arbeitet, will das nicht, da sie niemals eine Quotenfrau sein möchte.

Sie haben einen Parteitag für Frauenfragen organisiert. Seither tut sich nichts mehr. Wars das mit der Frauenförderung?

Das Thema des Parteitags war die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir haben an diesem Parteitag gesagt, dass das unser strategisches Dach ist. Es ist ökonomisch ein Unsinn, wenn wir mit Steuergeldern Frauen gut ausbilden und wir dann die Hürden nicht niederreissen, die sie hindern, berufstätig zu sein. Wir wollen Möglichkeiten schaffen, damit Frauen in die Arbeitswelt einsteigen oder dort bleiben können.

Dann müssen Sie sich für den Familienartikel starkmachen, der die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit in der Verfassung verankern soll.

Zum Familienartikel kann ich im Moment nichts sagen. Die Partei-

präsidentenkonferenz wird ihn am 20. Dezember diskutieren.

Er war schon ein Thema im Parlament, und Sie haben sich dafür ausgesprochen.

Ja, aus Konsequenzgründen. Als Folge des erwähnten Parteitag. **Man sagt, die FDP-Leitung wolle den Familienartikel nicht vor die Delegiertenversammlung bringen, weil dort vorwiegend reifere Herren sitzen, die sich nicht für Familienfragen interessieren.**

Chabis. Bei den letzten Delegiertenversammlungen habe ich festgestellt, dass wir eine massive Verjüngung erleben.

Die FDP ist keine Altherrenpartei mehr?

Nein. Wir haben eine sehr gute Entwicklung bei den Jungfreisinnigen. Diese Jungen haben jetzt die Krawatte abgelegt, bildlich gesprochen. Sie sind sehr aktiv und machen uns grosse Freude. Die FDP hat in den letzten Jahren bei den Wahlen nicht verloren, weil wir eine schlechte Politik machen. Aber man nahm uns als elitär wahr, als finanzplatzgesteuert, Pharnalobby-abhängig. Das ist ein falscher Eindruck. Wir sind eine Volkspartei.

Ein Jungfreisinniger hat letzte Woche für Aufruhr gesorgt, weil er Abstimmungen im Ständerat gefilmt hat: Thomas Biglioli von Politnetz. Kennen Sie ihn?

Ich wusste nicht mal, dass beim Politnetz Jungfreisinnige mitmachen. Aber im Ständerat geht es ja um mehr als nur ums Handaufhalten. Im Nationalrat müssen wir

für unsere Entscheide hinstehen, Verantwortung übernehmen und uns auch oft dafür rechtfertigen. Es gibt keinen Grund, warum das im Ständerat anders sein soll.

Also Schluss mit geheimen Abstimmungen?

Ja, der Ständerat sollte auch elektronisch abstimmen. Warum sollen dort andere Regeln gelten? Auch Ständeräte sind vom Volk gewählt, und auch sie sollen Verantwortung übernehmen. Das Abstimmungsverhalten im Ständerat muss man endlich transparent machen, damit der Wähler weiss, wer wie abgestimmt hat.

Natalie Rickli muss gesundheitlich pausieren, Peter Spuhler legt sein Amt nieder, um sich der Firma zu widmen. Stösst das Milizparlament an seine Grenze?

Ich glaube nicht. Man kann das Mass der Belastung ja selber einstellen. Es ist auch eine Frage der Lebensplanung. Ich bin seit mehr als 8 Jahren im Parlament. Aber zuerst habe ich 14 Jahre auf dem Bau geschuftet. Irgendwann ging ich in die Politik.

Jetzt haben Sie eine dreifache Belastung: Parteichef, Nationalrat, eigenes Geschäft. Bringen Sie das unter einen Hut?

Das sehen Sie ja. Oder sehe ich gestresst aus?

Sie haben auch schon entspannter gewirkt.

Ich kam vorgestern Nacht erst morgens um drei ins Bett und habe nur vier Stunden geschlafen. Ich habe nicht das Gefühl, dass ich grundsätzlich gestresster bin.

Haben Sie noch ein Privatleben?

Ja, zum Beispiel am Wochenende. Aber was heisst denn schon Privat-, Berufs- und politisches Leben? Ich lebe. Und ich habe einen hochinteressanten, spannenden Job. Es ist eine Lebensphase. Die Politik ist ein geliebtes Amt. Dieses Bewusstsein hat mich davor bewahrt, abzuheben.

Das behaupten alle.

Einladungen und dass Sie hier mit mir an diesem Tisch sitzen, hat nur mit meinem Amt zu tun. Das ist ja logisch. Wer interessiert sich für irgendeinen Philipp Müller aus dem Aargau, wenn er nicht zufällig FDP-Präsident ist?

«Der Ständerat sollte auch elektronisch abstimmen. Warum sollen dort andere Regeln gelten?»

Gibt es noch Abende, an denen Sie mit einem Kollegen auf ein Bier gehen oder mit Ihren Töchtern etwas unternehmen?

Ja, sicher. Das gönne ich mir immer mal wieder. In den nächsten Tagen ist mit allen Töchtern ein Abendanlass organisiert. Und am letzten Freitag habe ich in Basel das Musical «We Will Rock You» besucht. Das ist auch Leben.

Das sind ja wohl Ausnahmen?

Nein, überhaupt nicht. Erst am 4. Dezember war ich im Volkshaus in Basel. Da rockte der alte

Haudegen John Mayall ab, dass die Fetzen flogen.

Rockt es bei Ihnen auch an Weihnachten?

Weihnachten werde ich patchworkmässig feiern. Ein Haufen Frauen, ein Haufen Kinder und viele Männer am Tisch. Es gibt ein grosses Familienfest. Und hofentlich Fondue chinoise.

Ihre älteste Tochter ist in leitender Stellung, was machen die beiden anderen?

Die mittlere Tochter ist 24, sie studiert Government and International Relations an der Uni Sydney. Ihr Freund ist Peruaner. Jetzt lernt sie in Australien also auch noch Spanisch. Die jüngste Tochter ist 16, sie ist im Sommer aus der Schule gekommen, und danach war sie drei Monate in Nizza und dann in Montreux. Bis eben war Französisch dran, im kommenden Halbjahr Englisch.

Haben Ihre Töchter Ambitionen, in die Politik zu gehen?

Die mittlere Tochter interessiert sich nicht mehr dafür, seit sie im Ausland lebt. Aber meine Töchter sind nicht apolitisch. Von einer wollte ich mal wissen, wie sie stimmt. Sie sagte, das sei Stimmgeheimnis. Nachher gab sie zu, dass sie grün wählt.

Eine Bankrotterklärung für Sie als Parteipräsidenten.

Allerdings, da muss ich noch viel Überzeugungsarbeit leisten.

Was sagen Sie zur Weissgeldstrategie, die der Bundesrat nun beschlossen hat?

Der Entscheid ist richtig, dass die Selbstdeklaration nur als eines unter mehreren Elementen einge-

setzt werden soll. Es wäre naiv zu glauben, dass sich Banken allein auf eine solche Deklaration stützen könnten, um sicher zu sein, dass kein Schwarzgeld im Spiel ist. Wesentlich ist, dass die Banken ihre internen Regulierungen tatsächlich konsequent so formulieren, dass keine unversteuerten Gelder mehr entgegengenommen werden. Das muss aber durch die Finma geprüft und auch periodisch überprüft werden. Die Stossrichtung stimmt also. Offen ist, wie das Problem der Altlasten bereinigt werden soll.

Was halten Sie davon, dass Schweizer unter Umständen auch ihre Steuerehrlichkeit beweisen sollen?

Dieser Aspekt hängt stark von der künftigen Definition der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und -betrug ab. Diese Frage ist in diesem Zusammenhang zu klären. Sie ist vom Bundesrat noch nicht beantwortet.

Zum Schluss ein Blick nach vorn. Was kommt im nächsten Jahr politisch auf die Schweiz zu?

Die grösste Herausforderung wird sein, den Steuerstreit mit der EU beizulegen. Hinzu kommt die Altlastenbereinigung mit den USA. Es muss endlich ein Globalabkommen her, das die Probleme mit all jenen Banken endgültig regelt, die im Fokus der amerikanischen Steuerbehörde stehen, und das aber auch eine Regelung für alle anderen Banken beinhaltet. Zum Wichtigsten wird auch die Frage unseres Verhältnisses zur EU gehören.

Lässt sich der bilaterale Weg weiterführen?

Vor etwa fünf Jahren hatten wir die gleiche Diskussion. Der bilaterale Weg sei tot. Herrgott, der bilaterale Weg funktioniert! Eine Milliarde Handelsvolumen pro Arbeitstag mit der EU. Die Unternehmer foutieren sich doch um die politischen Querelen!

Vor 20 Jahren war die FDP für den EWR, warum nun dagegen?

Damals war die EU eine europäische Gemeinschaft aus zwölf wirtschaftlich stabilen Staaten. Heute gehören zur EU-27 wirtschaftlich problematische Länder. Der EWR ist nicht mehr das gleiche Konstrukt wie damals. Wirtschaftlich erfolgreiche Länder wie die Schweiz haben heute keinen Grund mehr, sich enger an die EU zu binden. Die bilateralen Verträge haben den wichtigsten Vorteil des EWR gebracht, nämlich den Marktzugang. Ohne die Nachteile mit einer supranationalen Gerichtsinanz und automatischer Rechtsübernahme.

Aber genau das fordert die EU heute von der Schweiz.

Dass sie das fordert, ist das eine. Ob wir darauf einsteigen, etwas anderes.

Die Schweiz kann es sich leisten, darauf nicht einzugehen?

Ja. Wir können in den nächsten paar Jahren ganz gut leben mit dem Status quo. Wir müssen endlich lernen, bei rhetorischem Gebrüll nicht gleich zusammenzuzucken und vorbeugend eine gebückte Haltung einzunehmen. Oder um es mit den Worten eines erfahrenen Diplomaten zu sagen: Zwischen Staaten gibt es keine Freundschaften, nur Interessen.